

Protokoll:

Zu S. 383: Der Ausschuss fragt an, weshalb es in Zeile 15 zu Mehraufwendungen ohne entsprechende Mehrerträge kommt. Die Verwaltung teilt mit, dass die Erstattungs- und Zuschusssätze des Landes teilweise schon seit vielen Jahren nicht mehr angepasst wurden, z.B. in der Schulsozialarbeit, so dass Personal- und Sachkostensteigerungen voll durch die Stadt zu finanzieren sind.

Zu S. 387: Der Ausschuss erkundigt sich, ob der Planansatz bei der Rückgriffsquote mit einer Höhe von 24 % realistisch sei. Die Vorsitzende bestätigt dies.

Weiterhin bittet der Ausschuss um eine Differenzierung der Einnahmen von Dritten. Die Verwaltung gibt an, dass eine Differenzierung in dem vom Land vorgegebenen Kontenrahmenplan in dieser Darstellung nicht vorgesehen ist. Eine Aufstellung der einzelnen Zahlen sei aber unabhängig vom Haushalt möglich.

Zu S. 398: Aus der Mitte des Ausschusses wird um Erläuterung gebeten, wodurch es in Zeile 13 im Jahr 2023 zu deutlich höheren Einnahmen kam. Die Verwaltung teilt mit, dass es sich um Landeszuwendungen im Rahmen eines Corona-Aufholprogrammes handelte.

Der Ausschuss fragt an, wie die Schwankungen in Zeile 34 zustande kommen. Die Verwaltung erläutert, dass es sich um Investitionen handelt, die sich in den Folgejahren verrechnen.

Weiterhin bittet das Gremium um Erläuterungen zu Zeile 9, da es hier deutliche Schwankungen in den jährlichen Ansätzen gibt. Die Vorsitzende teilt mit, dass diese Zahlen vom Haupt- und Personalamt geliefert werden. Die Verwaltung ergänzt, dass es in Zeile 9 in allen Produkten zu Schwankungen kommen kann, da der Personalaufwand aufgrund der Ämtertrennung neu zugeordnet wurde.

Zu S. 402: Aus der Mitte des Ausschusses wird angeregt, die im Produkt 3631 zusammengefassten hohen Ansätze aus 19 Teilleistungen aus Gründen der Übersichtlichkeit auf zwei Produkte aufzuteilen. Die Verwaltung verweist auf die Vorgaben des Produktrahmenplanes des Landes sowie Absprachen mit der Kämmerei und führt aus, dass eine differenzierte Aufstellung außerhalb der Haushaltsunterrichtung möglich ist. Sie sagt zu, dass im Protokoll alle Leistungen ab 500.000 € aufgeführt werden:

Teilleistung	Bezeichnung	Ansatz 2025
363102	Schulsozialarbeit	1.815.000,00 €
363109	gemeinsame Wohnform Mütter/Väter und Kind	1.000.500,00 €
363115	vorläufige Maßnahme zum Schutz von Kindern	685.000,00 €
		3.500.500,00 €

Zu S. 405: Aus der Mitte des Ausschusses wird die redaktionelle Überarbeitung der Produktbeschreibung angeregt. Insbesondere der dritte Spiegelstrich würde die Aufgabe des Jugendhilfeausschusses nicht vollständig wiedergeben. Die Verwaltung nimmt den Hinweis auf und sagt zu, dass diese Formulierung für den Haushalt 2026 redaktionell angepasst wird.

Zu S. 406: Aus der Mitte des Gremiums wird sich erkundigt, ob die Schwankungen in Z. 9, wie bereits auf S. 398 erläutert, auf die Ämtertrennung zurückzuführen sind. Die Vorsitzende bestätigt dies.

Der Ausschuss bittet um Erläuterung, weshalb für die gesetzlich vorgeschriebene Koordinierungsstelle für Amtsvormundschaften bisher keine Ansätze im Haushaltsplan zu finden sind. Die Verwaltung teilt mit, dass es keine Teilleistung für die Amtsvormundschaften im Haushalt gibt. Zudem sei die beantragte Koordinierungsstelle im Stellenplanverfahren im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht bewilligt worden.

Zu S. 418: Der Ausschuss hinterfragt die Steigerung bei den Aufwendungen. Die Verwaltung erläutert, dass die Steigerung in Zeile 10 im Wesentlichen auf die höheren Kosten der Spielplatzpflege, die neu ausgeschrieben werden musste, entfällt. Bei den Jugendhäusern und Jugendtreffs fallen lediglich Mehrkosten in Höhe von rund 20.000 € an.

Zu S. 429: Aus dem Ausschuss wird sich erkundigt, ob der Ansatz für den Skateplatz rechte Rheinseite (P501072000) im Haushaltsjahr 2024 genutzt wurde oder in das Haushaltsjahr 2025 übertragen werden kann. Die Verwaltung teilt mit, dass der Ansatz im Jahr 2024 wegen Verzögerungen in der Planung nicht ausgeschöpft werden konnte, aber in das kommende Jahr übertragen wird.

Zu S. 435: Es wird seitens des Gremiums bzgl. der Sonnensegel um eine Information zum derzeitigen Sachstand gebeten. Die Verwaltung teilt mit, dass die Ausschreibung bereits erfolgt ist und die Beschaffung durch das Zentrale Gebäudemanagement erfolgt.